EDITORIAL

Donaukraftwerk Wien Freudenau – 10 Jahre Grundwasserbewirtschaftung im 2. und 20. Bezirk Wiens

Nach den Bestimmungen des österreichischen Wasserrechtsgesetzes sind Einwirkungen auf Gewässer, die unmittelbar oder mittelbar deren Beschaffenheit in physikalischer, chemischer und biologischer Hinsicht (Wassergüte) beeinträchtigen, nur nach einer wasserrechtlichen Bewilligung zulässig. Das Maß und die Art der Wasserbenutzung einer zu bewilligenden Anlage sind derart zu bestimmen, dass das öffentliche Interesse nicht beeinträchtigt wird und bestehende Rechte nicht verletzt werden. Bei der Bestimmung des Maßes der Wasserbenutzung ist auf die bestehenden wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere auf das nach Menge und Beschaffenheit vorhandene Wasserdargebot mit Rücksicht auf den wechselnden Wasserstand und beim Grundwasser auch auf seine natürliche Erneuerung Bedacht zu nehmen.

Mit der Errichtung eines Kraftwerkes sind zumeist Eingriffe in den quantitativen und qualitativen Haushalt des Grundwassers verbunden, die weit über den eigentlichen Baubereich hinaus reichen können. Bei größeren Vorhaben ist zumeist auch mit regional wirksamen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt zu rechnen.

Folgende Auswirkungen sind als Folge eines Eingriffs in den Grundwasserhaushalt möglich:

- ▶ Hebung oder Absenkung des Grundwasserspiegels
- ▶ Änderung der Abströmrichtung und des Fließgefälles
- ▶ Verringerung des Schwankungsbereiches und damit der Dynamik des Grundwassers
- ▶ Verringerung der verfügbaren Grundwasserressource einschließlich der für Pflanzen verfügbaren Wassermenge
- ▶ Veränderung der Qualität des Grundwassers in physikalischer, chemischer oder bakteriologischer Hinsicht
- ▶ Veränderung des Wassergehaltes grundwasserbeeinflusster Böden
- ▶ Änderungen der Artenzusammensetzung und des Vegetationsgefüges bis zum vollständigen Verlust von Ökosystemen.

Von den mit der Errichtung des Kraftwerkes Wien Freudenau verbundenen Änderungen des Grundwasserhaushaltes waren vor allem der 2. und der 20. Wiener Gemeindebezirk betroffen. Dieses Gebiet, in dem das Grundwassergeschehen hauptsächlich von den Wasserständen in der Donau und im Donaukanal bestimmt wurde, umfasst sowohl städtisch dicht verbaute Bereiche, als auch den Wiener Prater, ein Naherholungsgebiet, das sich durch seinen auwaldähnlichen Bewuchs und die Reste von Augewässern auszeichnet und ein unverzichtbares und besonders schützenswertes Landschaftselement darstellt.

Vorrangiges wasserwirtschaftliches Ziel der Planung war es daher, die durch den Bau des Kraftwerkes bedingten Beeinflussungen und Veränderungen des Grundwassergeschehens auf ein Minimum zu reduzieren. Die Dynamik des Grundwassers sollte in dem Ausmaß, wie es vor Errichtung des Kraftwerkes bestanden hatte, erhalten bleiben. Die einzig zu beachtende Einschränkung war, dass zukünftig hohe Grundwasserstände vermieden und niedrige Grundwasserstände angehoben werden sollten. Auf diese Weise sollte ein Nassfallen von Kellern und das Trockenfallen von Pfahlgründungen verhindert und eine bessere Wasserversorgung des Praters ermöglicht werden. Auch war im Hinblick auf die vorhandenen hygienisch relevanten Trink- und Brauchwassernutzungen darauf Bedacht zu nehmen, dass die Qualität des Grundwassers nicht verschlechtert wird.

Es war von Anfang an klar, dass diese sehr anspruchsvollen Ziele nur dann erreicht werden können, wenn das Grundwasser zukünftig bewirtschaftet wird und die Einhaltung der Bewirtschaftungsziele strengen Kontrollen unterliegt. Aufgrund der hohen Anforderungen in wasserwirtschaftlicher und regelungstechnischer Hinsicht sowie des Umfangs, der Komplexität und der Erstmaligkeit des Grundwasserbewirtschaftungssystems stellte dessen Planung, Errichtung und Betrieb für alle an dem Projekt Beteiligten eine große fachliche Herausforderung dar.

Das Grundwasser im 2. und 20. Bezirk Wiens wird seit nunmehr 10 Jahren mit Erfolg bewirtschaftet. Ein Umstand, der letztlich auf die sorgfältige Planung und Errichtung des Bewirtschaftungssystems, aber auch auf das Wissen und das Engagement der für den Betrieb Verantwortlichen zurückzuführen ist.

Mit dem Heft 1-2 der *Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaft* wird der Versuch unternommen darzustellen, welche Aspekte bei der Planung, der Errichtung, dem Betrieb aber auch der Beurteilung des Bewirtschaftungssystems im Rahmen des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens von wesentlicher Bedeutung waren und welche Maßnahmen umgesetzt wurden, damit die Bewirtschaftungsziele erreicht werden konnten und auch weiterhin erreicht werden können.

MR DI DR. OTTO VOLLHOFER

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Abteilung VII/4

otto.vollhofer@lebensministerium.at